

Mali: Alleinstehende Frauen und geschlechtsspezifische Gewalt

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse

Bern, 2. Mai 2018

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch, französisch

Copyright
© 2018 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie ist die Situation von alleinstehenden Frauen ohne familiäres Netz in Mali, insbesondere in den Städten Timbuktu und Bamako?
2. Wie ist die Praxis weiblicher Genitalverstümmelung (*female genital mutilation* – FGM) in Mali?
3. Gibt es Informationen zur Situation von Angehörigen der Bambara-Ethnie in Timbuktu?
4. Welche Sozialleistungen gibt es in Mali, und wie ist der Zugang dazu geregelt?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

2 Sicherheitslage

Prekäre Sicherheitslage im Norden des Landes, Instabilität und Gewalt auch in den zentralen Regionen, Ausnahmezustand wurde im Oktober 2017 verlängert. Im Norden Malis wird seit Januar 2012 ein bewaffneter Konflikt ausgetragen, einschliesslich Menschenrechtsverletzungen gegen die zivile Bevölkerung durch regierungsfeindliche Milizen und staatliche Sicherheitskräfte (*UK Home Office*, April 2016). Die humanitäre Situation ist schlecht, die Versorgung der Bevölkerung im Norden nicht gewährleistet. Im Jahr 2015 waren drei Millionen Personen, das heisst 18 Prozent der Gesamtbevölkerung, von Ernährungsunsicherheit betroffen. In weiten Teilen des Nordens herrscht Gesetzlosigkeit, die Staatsgewalt ist abwesend, Kriminalität und Unsicherheit herrschen vor. Zwar gab es Fortschritte bei der Wiederherstellung der Justiz in den Regionen Timbuktu und Gao, *UK Home Office* (April 2016) schätzt es jedoch als unwahrscheinlich ein, dass die für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung zuständigen Regierungsinstitutionen im Norden des Landes die Kontrolle übernehmen, bevor sich die Sicherheitslage wesentlich verbessert hat. Im Norden gibt es keinen wirksamen Schutz durch die Polizei, welche von der Zentralregierung kontrolliert wird. Gefährdete Personen können daher dort keinen Schutz finden (*UK Home Office*, April 2016).

Seit Anfang 2016 hat darüber hinaus die kontinuierliche Verbreitung von Unsicherheit und Gewalt in den zentralen Regionen des Landes die malische Krise weiter verschärft und noch komplizierter gemacht (UNHRC, Februar 2018). Der zunehmende Einfluss gewalttätiger extremistischer Gruppierungen in gewissen Regionen des Landes sowie die Abwesenheit der malischen Behörden geben gemäss dem *Unabhängigen Experten für die Menschenrechtsslage in Mali, Suliman Baldo*, grossen Anlass zur Sorge, dass die Regierung nicht fähig ist, die Kontrolle über diese Regionen zu übernehmen und die Bevölkerung zu schützen. Am 31. Oktober 2017 wurde der Ausnahmezustand, der seit dem Anschlag auf ein Luxushotel in Bamako im November 2015 fast permanent in Kraft ist, für ein weiteres Jahr verlängert (UNHCR, Februar 2018).

Viele NGOs und soziale Dienstleister haben Timbuktu im Zuge des bewaffneten Konflikts verlassen. Laut der E-Mail-Auskunft von *Marie Rodet, Senior Lecturer für afrikanische Geschichte an der School of Oriental and African Studies (SOAS)-Universität in London*, vom 18. April 2018 an die SFH haben alle NGOs sowie soziale Dienstleister Timbuktu im Zuge des bewaffneten Konfliktes verlassen.

3 Situation von alleinstehenden Frauen in Mali

3.1 Gewalt gegen Frauen

Weite Verbreitung sexualisierter Gewalt, auch durch Mitglieder der Regierungskräfte. Das im UNHRC-Bericht vom November 2017 zitierte *UN-Komitee zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)* äussert sich besorgt über die weite Verbreitung sexualisierter Gewalt in Mali und weist auf Zwangs- und Frühheiraten, sexuelle Sklaverei, Vergewaltigungen und Folter hin, welche von extremistischen Gruppierungen sowie von Militärangehörigen ausgeübt werden. Ausserdem seien Polygamie, Erniedrigung von Witwen, Zwangsernährung («*force-feeding*»), Levirat¹ und Sororat² in Mali nach wie vor üblich und bleiben unbestraft (UNHRC, November 2017). USDOS zufolge (April 2018) sind Vergewaltigungen in Mali ein weitverbreitetes Problem. Laut CEDAW (zitiert in UNHRC, November 2017) scheint geschlechtsspezifische Gewalt, einschliesslich häusliche und sexualisierte Gewalt, in Mali gesellschaftlich legitimiert. UNHRC (Februar 2018) bezeichnet die Lage von Frauen und Mädchen in Mali als weiterhin besorgniserregend, insbesondere für diejenigen in den nördlichen und zentralen Regionen des Landes. Dort kommt es zu systematischen Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen, die öffentliche Transportmittel benutzen. Der *UN-Generalsekretär* weist in seinem Bericht zu konfliktbezogener sexualisierter Gewalt auf verschiedene Fälle sexualisierter Gewalt in Mali, unter anderem seitens der Regierungskräfte, hin (*UN-Sicherheitsrat*, April 2017).

Schwierige Datenlage, Mangel an verlässlichen Statistiken zu konfliktbezogener Gewalt gegen Frauen sowie zu sexuellem Missbrauch in der Ehe. Angesichts der anhaltenden Krise in den nördlichen und zentralen Regionen des Landes sowie des begrenzten humanitären Zugangs ist die Berichterstattung über konfliktbezogene sexualisierte Gewalt eingeschränkt (*UN-Sicherheitsrat*, April 2017). Die Stigmatisierung der Überlebenden und Furcht vor Rache limitieren die Dokumentation von konfliktbezogener sexualisierter Gewalt in Mali zusätzlich. Die *Planning and Statistics Unit* der malischen Regierung, zuständig für die Beobachtung von Strafverfahren, hat gemäss USDOS (20. April 2018) keine verlässlichen Statistiken bezüglich Strafverfolgung von sexuellem Missbrauch in der Ehe produziert.

Rechtlicher Rahmen. In Mali gibt es kein Gesetz, welches geschlechtsspezifische Gewalt verbietet (UNHRC, November 2017). Sexueller Missbrauch in der Ehe ist eine Straftat, häusliche Gewalt ist jedoch nicht explizit gesetzlich verboten (USDOS, April 2018). Sexuelle Übergriffe werden mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und einer Busse von bis zu 500'000 CFA-Franc

¹ Levirat bedeutet die Verpflichtung der Witwe, den Bruder ihres verstorbenen Mannes zu heiraten (*Universalis*, ohne Datum, Zugriff am 30. April 2018).

² Sororat bedeutet die Verpflichtung des Mannes, die jüngeren Schwestern seiner Frau zu heiraten, unabhängig davon, ob seine Frau am Leben oder verstorben ist (*Universalis*, ohne Datum, Zugriff am 30. April 2018).

(zirka 911 CHF, Wechselkurs vom 25. April 2018) bestraft. Wenn die Tat vorsätzlich war, kann sie eine Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren nach sich ziehen. Vergewaltigung gilt als Straftat und wird mit Gefängnis zwischen fünf und 20 Jahren bestraft, die Regierung setzt dieses Gesetz laut USDOS jedoch nicht wirksam um.

Gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen. Sowohl die ländlichen als auch die städtischen Gebiete Malis sind von patriarchalen Strukturen und von Armut geprägt, welche die Rechte von Frauen einschränken (*Marie Rodet*, E-Mail-Auskunft vom 18. April 2018). Gemäss USDOS (April 2018) werden malische Frauen aufgrund gesellschaftlicher Normen gegenüber Männern benachteiligt. Ihr Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist limitiert. Während das Gesetz das gleiche Recht auf Besitz für Frauen und Männer vorsieht, hindern traditionelle Praktiken und Unkenntnis des Gesetzes Frauen daran, diese ihnen zustehenden Rechten geltend zu machen. Die fehlende Bildung, der Mangel an Information und die hohen Kosten führen zu einem eingeschränkten Zugang von Frauen zu rechtlichen Dienstleistungen.

Diskriminierung von Frauen durch gesetzliche Regelungen. In Fällen einer Scheidung, Sorgerecht und Erbschaft sind Frauen besonders verletzlich und haben gesetzlich nicht den gleichen Status wie Männer (USDOS, April 2018). Im Personen- und Familiengesetzbuch von 2011 gibt es gemäss AI verschiedene diskriminierende Bestimmungen (AI, Juni 2017). So müssen Frauen ihrem Ehemann gehorchen. Das Mindestheiratsalter für Frauen liegt bei 16 Jahren, während es für Männer bei 18 Jahren liegt. Die Wahl des Wohnsitzes ist das Recht des Mannes, und seine Ehefrau ist verpflichtet, mit ihm zusammen zu leben.

Frauen sind im öffentlichen und politischen Leben kaum vertreten. 2015 trat laut UNHRC (Februar 2018) ein Gesetz in Kraft, welches eine Frauenquote von 30 Prozent für öffentliche Ämter festlegt. Dennoch bleibt die weibliche Beteiligung am öffentlichen und politischen Leben sehr niedrig.

Nur wenige Beschwerden von Überlebenden konfliktbezogener sexualisierter Gewalt, mangelndes Vertrauen in die Strafverfolgung. Nur wenige Überlebende konfliktbezogener sexualisierter Gewalt reichen Beschwerde ein oder suchen staatliche Hilfe (*UN-Sicherheitsrat*, April 2017). Dies hänge mit mangelndem Vertrauen in rechtliche und medizinische Institutionen zusammen, nachdem einige Vergewaltiger aus der Haft entlassen und beschwerdeführende Personen unter Druck gesetzt wurden, ihre Klage fallen zu lassen.

Vergewaltigungen und häusliche Gewalt werden wegen Angst vor Rache oder Stigmatisierung selten angezeigt. Laut USDOS (April 2018) wird nur ein kleiner Teil der Vergewaltigungsfälle strafrechtlich verfolgt. Betroffene erstatteten nämlich wegen des gesellschaftlichen Drucks nur selten Anzeige, insbesondere weil Täter oft nahe Verwandte von Überlebenden seien und letztere bei einer Anzeige Vergeltungsmassnahmen befürchteten. Viele Frauen zögerten, bei häuslicher Gewalt Anzeige gegen ihren Ehemann zu erstatten, da sie befürchteten, dieser würde dies als Scheidungsgrund auslegen. Eine Scheidung wäre für die betroffenen Frauen mit grossen Schwierigkeiten verbunden, da sie nicht finanziell unabhängig seien. Zudem fürchteten sie sich vor der gesellschaftlichen Stigmatisierung und Ausgrenzung sowie möglicher Racheakten (USDOS, April 2018).

Straflosigkeit, Untätigkeit der Regierung, mangelhaftes Rechtssystem. Verschiedene Fälle werden in durch Schlichtungen beigelegt. In Mali, insbesondere im Norden des Lan-

des, gibt es viele Fälle, in denen für sexualisierte Gewalt verantwortliche Mitglieder der Sicherheitskräfte straflos bleiben (USDOS, 20. April 2018; AMDH, Dezember 2017). Die Mechanismen zur Ermittlung und Bestrafung von Missbrauch und Korruption seien in der Regel nicht wirksam (USDOS, April 2018). Aufgrund der wenigen Anzeigen werden Vergewaltigungsfälle selten tatsächlich von den Behörden untersucht (USDOS, April 2018). CEDAW stellt diesbezüglich eine Kultur des Schweigens und der Straflosigkeit in Mali fest (UNHRC, Februar 2018). Die *Association malienne des droits de l'Homme* (AMDH) weist auf die geringen Kapazitäten des Justizsystems und der Justizbehörden hin, Fälle konfliktbezogener sexualisierter Gewalt zu untersuchen (AMDH, Dezember 2017). Der *Unabhängige Experte für die Menschenrechtslage in Mali*, Suliman Baldo, bemängelt in einem Fall einer Anklage von 80 Frauen, welche 2012/2013 bei der Besetzung des Nordens Malis Opfer von Vergewaltigung und anderen Formen sexualisierter Gewalt durch separatistische und terroristische bewaffneten Gruppierungen wurden, die fehlende Mitarbeit der malischen Behörden (UNHRC, Februar 2018). Verschiedene Vergewaltiger wurden aus der Untersuchungshaft freigelassen (UNHRC, Februar 2018). Obwohl sexuelle Belästigung weitverbreitet ist, gebe es keine Bemühungen seitens der Regierung, dies zu bekämpfen (USDOS, April 2018). Bemühungen zur Kriminalisierung von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt werden durch den gesellschaftlichen Widerstand verhindert, der sich gegen die Veränderung traditioneller Praktiken richtet (*UN-Sicherheitsrat*, April 2017). CEDAW weist gemäss dem Bericht des UNHRC (November 2017) darauf hin, dass Fälle sexualisierter Gewalt an Schlichtungsverfahren verwiesen werden, um die Angelegenheit beizulegen. Gemäss USDOS (April 2018) verfolgen Polizei und Justizbehörden Vergewaltigungsfälle nicht mehr weiter, sobald die Parteien vor einer Gerichtsverhandlung zu einer Einigung kommen.

Mangelnder Schutz für Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt. Dem *Unabhängigen Experten für die Menschenrechtslage in Mali* zufolge sind Einrichtungen zum Schutz von Opfern konfliktbasierter sexualisierter Gewalt mangelhaft, insbesondere im Norden des Landes (UNHRC, November 2017). Die malische staatliche Zeitung *L'Essor* weist auf zwei Frauenhäuser in Bamako und Mopti hin, wo im August 2015 mehr als 130 aus dem Norden vertriebene Frauen und Mädchen medizinisch und psychologisch unterstützt wurden (*L'Essor*, August 2015). Diese Frauenhäuser richten sich an Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt und werden durch eine Partnerschaft von *UN Women* und der *Association pour le progrès et la défense des droits des femmes* (APDF) geführt. Gemäss *Terre des Femmes*, welche die APDF unterstützt, ist die APDF die einzige NGO in Mali, die sowohl eine Unterkunft als auch soziale, medizinische und psychologische Dienste sowie Rechtsberatung unter demselben Dach anbietet (*Terre des Femmes*, ohne Datum, Zugriff am 2. Mai 2018). Laut Angaben der Präsidentin der Organisation *Women in Law and Development in Africa* (WiLDAF) Mali gegenüber IRB vom 16. Juni 2016 haben diese Frauenhäuser eine beschränkte Zahl von Plätzen, und die Lebensbedingungen dort sind nicht gut. Für Opfer von Zwangsheiraten sei es nicht einfach, dort Hilfe zu erhalten (IRB, Juli 2016).

3.2 Alleinstehende Frauen ohne Netzwerk

Alleinstehende Frauen ohne Familiennetzwerk sind in Mali die grosse Ausnahme, insbesondere in Timbuktu. Laut Angaben von *Fatoumata Goundo Sissoko*, Präsidentin des Frauennetzwerks für Umweltrechte (*Réseau des Femmes pour les Droits Environnementaux*), kommt es in Mali nur vereinzelt vor, dass eine Frau ohne Verwandtschaft lebt (E-Mail-Auskunft vom 18. April 2018 an die SFH). In Timbuktu, einer «islamisierten» Stadt, komme eine

alleinstehende Frau ohne Familie einer Nadel im Heuhaufen gleich. Auch wenn eine Frau selber entscheide, alleine zu leben, habe sie in der Regel Familienangehörige.

Alleinstehende Frauen ohne familiäres Netz sind besonders verletzlich. Gemäss Angaben der *Direktorin einer malischen Frauenrechtsorganisation* an die SFH befindet sich eine alleinstehende Frau in Mali in einer besonders verletzlichen Lage (E-Mail-Auskunft vom 15. Juni 2016). Der *Koordinatorin einer malischen Organisation zum Schutz von Frauen in einer schwierigen Lage* zufolge ist es für eine alleinstehende Frau ohne familiäres Netzwerk nicht einfach, in Mali zu überleben (E-Mail-Auskunft vom 14. Juni 2016 an die SFH). Es sei sehr schwierig, eine Unterkunft oder Arbeitsstelle zu finden und unabhängig zu leben. Eine Frau ohne Netzwerk gelte als instabil, die Einstellung der Bevölkerung einer solchen Frau gegenüber sei negativ und misstrauisch. In einem Artikel über intern vertriebene Frauen und Mädchen in Mali, die gezwungen sind, sich zu prostituieren, um zu überleben, gab IRIN im Juni 2013 an, dass unverheiratete Frauen ohne Eltern und Unterkunft die schwächste Gruppe darstellen.

Familiennetzwerke sind eine wichtige wirtschaftliche Ressource, Frauen werden in der Regel von männlichen Familiengliedern unterstützt. In der malischen Gesellschaft existiert gemäss *Fatoumata Goundo Sissoko* (E-Mail-Auskunft vom 18. April 2018 an die SFH) ein System der gemeinsamen familiären Unterstützung, insbesondere für Frauen. Generell werde eine unverheiratete Frau vom Vater, Bruder oder von weiteren Familienangehörigen unterstützt. Gleichzeitig weist *Sissoko* auf die grassierende Armut sowie Unsicherheit und politische Instabilität hin, welche insbesondere im Norden des Landes (inklusive Timbuktu) herrscht. Diese Faktoren führten zu einer prekären wirtschaftlichen Lage, und viele Männer seien kaum dazu fähig, sich selbst und andere Familienmitglieder einschliesslich Frauen zu versorgen. Auch *Marie Rodet* weist darauf hin, dass das tägliche Leben malischer Frauen in der Stadt und auf dem Land von Armut und einem patriarchalen System geprägt ist (E-Mailauskunft vom 18. April 2018). Insbesondere Frauen, die keinen Schutz eines männlichen Vormundes – des Vater oder Ehemannes – aufweisen, seien in gewissen Rechten stark limitiert.

Alleinstehende Frauen im Heiratsalter werden als Prostituierte betrachtet. Laut Angaben von *Marie Rodet* (E-Mail-Auskunft vom 18. April 2018 an die SFH) gibt es in Timbuktu keine Unterstützung für unverheiratete Frauen ausserhalb der Familie. Unverheiratete Frauen im Heiratsalter werden in der malischen Gesellschaft inklusive Timbuktu negativ angesehen und gelten als potentielle Prostituierte. Aus diesem Grund seien unverheiratete Frauen geschlechtsspezifischer Gewalt einschliesslich Vergewaltigungen ausgesetzt. Frauen, die für Prostituierte gehalten werden, werden gemäss *Rodets* Einschätzung von Wohnungsbesitzern nicht als Mieterinnen akzeptiert.

4 Weibliche Genitalverstümmelung (FGM)

Formen von weiblicher Genitalverstümmelung (*Female Genital Mutilation* FGM): (zitiert nach SFH, 11. Januar 2018)

Das *Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz* unterscheidet gemäss WHO vier Formen von FGM, welche je nach Region und Gemeinschaft variieren:

- *Inzision*: Teilweise oder komplette Entfernung der Klitoris. *Terre des Femmes Schweiz* (ohne Datum) bezeichnet diese Praktik als *Klitoridektomie*.
- *Exzision*: Teilweise oder vollständige Entfernung der Klitoris und der kleinen Schamlippen.
- *Infibulation* / «*Pharaonische Beschneidung*»: Wegschneiden der Klitoris und der kleinen Schamlippen. Die grossen Schamlippen werden bis auf eine kleine Öffnung zusammengenäht.
- Diverse, andere Praktiken, die die weiblichen Genitalien verletzen, wie zum Beispiel das Einstechen oder Durchbohren der inneren und äusseren Genitale.

FGM ist gesetzlich nicht verboten. In Mali gibt es keine rechtliche Regelung, die FGM verbietet (UNHRC, Februar 2018). Somit gehört Mali zu den letzten afrikanischen Ländern ohne nationale Gesetzgebung zum Verbot weiblicher Genitalverstümmelung (*The Girl Generation*, ohne Datum, Zugriff am 17. April 2018). Obwohl weibliche Genitalverstümmelung in Mali gesetzlich legal ist, ist sie laut USDOS (April 2018) in von der Regierung finanzierten Gesundheitszentren untersagt.

Weite Verbreitung von FGM in Mali: 91 Prozent der Frauen sind betroffen. Bei den Bambara ist FGM am weitesten verbreitet. Mali gehört zu den Ländern mit den höchsten Raten von FGM weltweit (*Malische Regierung*, Mai 2014). Gemäss der *Enquête Démographique et de Santé* (EDSM V), welche 2012 und 2013 in Mali durchgeführt wurde, sind 91 Prozent der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren genital verstümmelt (*Malische Regierung*, Mai 2014). Mit einer Verbreitung von 93 Prozent wird FGM bei muslimischen Frauen öfters durchgeführt als bei Frauen christlichen oder animistischen Glaubens (65 respektive 77 Prozent). Die Ethnien Bambara (95 Prozent) und Sarakolé/Soninké/Marka (96 Prozent) weisen die höchsten Raten von genitalverstümmelten Frauen auf, die Sonrai (60 Prozent), Tamacheck/Bella (63 Prozent) und Bobo (64 Prozent) die geringsten. Bei den muslimischen Songhai, den Tuareg und Moor in Gao und Timbuktu ist die Praxis gemäss der Organisation *The Girl Generation*, welche sich für die Beseitigung von FGM einsetzt, fast inexistent (ohne Datum, Zugriff am 17. April 2018). Laut der gleichen Quelle kommt FGM am häufigsten im Süden vor, der Norden weist die tiefsten Raten auf. USDOS zufolge (20. April 2018) ist FGM insbesondere in ländlichen Regionen des Landes verbreitet, gemäss der EDSM V ist dieser Unterschied mit 92 Prozent (Land) gegenüber 91 Prozent (Stadt) jedoch äusserst gering (*Malische Regierung*, Mai 2014).

Formen von FGM in Mali. Laut der EDSM V wurde bei fast der Hälfte der genitalverstümmelten malischen Frauen (49 Prozent) ein Teil der äusseren Genitalien entfernt – in der Umfrage als «echte» Genitalverstümmelung (*excision «réelle»*) angegeben (*Malische Regierung*, Mai 2014). Ungefähr 15 Prozent der befragten Frauen gaben an, einer «leichten» Form der Genitalverstümmelung unterzogen worden zu sein (Einschnitt ohne Entfernung des Fleisches). Elf Prozent der genital verstümmelten Frauen sind laut EDSM V von einer Schliessung der Vagina betroffen. Die restlichen 26 Prozent der befragten Frauen konnten keine Angaben zur Art von FGM machen, welche bei ihnen durchgeführt wurde, da sie zum Zeitpunkt des Eingriffs zu jung waren. Die EDSM V weist jedoch auf die Schwierigkeiten hin, zuverlässige Informationen über die Art von Genitalverstümmelung bei malischen Frauen zu erhalten.

FGM wird in der Regel bei Mädchen vor dem Alter von fünf Jahren durchgeführt. Der Organisation *The Girl Generation* zufolge (ohne Datum, Zugriff am 17. April 2018) wurde FGM historisch gesehen in der Regel bei Mädchen von 14 und 15 Jahren als Vorbereitung auf die

Heirat praktiziert. In den Ortschaften Kayes, Dogon und Senoufo, wo Mädchen im Alter zwischen 13 und 14 Jahren aus der Schule genommen werden und FGM als Übergangsritus durchgeführt wird, sei dies nach wie vor der Fall. Gemäss der gleichen Quelle hat es allerdings einen Wandel gegeben, der dazu geführt hat, dass FGM heute bei 89 Prozent der Mädchen durchgeführt wird, solange sie jünger als fünf Jahre alt sind. Laut USDOS (April 2018) wird FGM in der Regel bei Mädchen im Alter zwischen sechs Monaten und neun Jahren durchgeführt. Der EDSM V zufolge waren 73 Prozent der befragten Frauen zum Zeitpunkt der Beschneidung jünger als fünf Jahre, 15 Prozent war zwischen fünf und neun Jahren, sieben Prozent war älter als zehn Jahre (*Malische Regierung*, Mai 2014).

5 Situation von Angehörigen der Bambara-Ethnie in Timbuktu

Bambara (Bamanakan) sind insbesondere im Süden Malis angesiedelt. Der Webseite *Ethnologue* zufolge, welche ein Verzeichnis aller Sprachen der Welt aufführt (ohne Datum, Zugriff am 10. April 2018), ist Bambara auch als Bamanankan oder Bamanakan bekannt. In Mali gibt es ungefähr 14 Millionen Personen, die Bambara sprechen. Bambara ist in den Regionen Kayes, Koulikoro, Ségou sowie in Sikasso verbreitet (siehe Karte von *Google Maps*, ohne Datum, Zugriff am 30. April 2018). Gemäss *Marie Rodet* ist die Bambara-Ethnie insbesondere im Süden des Landes ansässig und stellt im Norden inklusive Timbuktu eine Minderheit dar (E-Mail-Auskunft vom 18. April 2018 an die SFH).

Ethnische und politische Spannungen zwischen den nördlichen und südlichen Regionen führen zur Diskriminierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten. USDOS (März 2018) verweist auf Spannungen und häufige Zusammenstösse zwischen den Fulani einerseits und den Bambara und Dogon andererseits, bei welchen es 2017 zu Dutzenden Todesfällen kam. Ein Konflikt im Mai 2017 zwischen den Fulani und Bambara in den Mopti- und Segou-Regionen führte gemäss der *Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali* (MINUSMA) zur Vertreibung von ungefähr 800 Fulani-Personen (zitiert nach USDOS, März 2018). Aufgrund der politischen und ethnischen Spannungen zwischen dem Norden und dem Süden Malis schätzt *Marie Rodet*, dass eine der Bambara-Ethnie zugehörige Person in Timbuktu Diskriminierungen ausgesetzt ist.

6 Sozialleistungen

Arbeitslose und unverheiratete Frauen sind von den Sozialleistungen ausgeschlossen. Der nationale Versicherungsdienst INPS («*Institut National de Prévoyance Sociale*») bietet verschiedene Dienstleistungssysteme an: Familienleistungen, Vorsorge und Bekämpfung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, und eine Alters-, Invaliditäts- und Todesfallversicherung (*Conférence Interafricaine de la Prévoyance Sociale*, ohne Datum, Zugriff am 18. April 2018). In die Sozialversicherung des INPS eingeschlossen sind Beschäftigte, die den Bestimmungen des Arbeitsrechts unterliegen. Selbständige oder nicht bezahlte Mitglieder der freien, gewerblichen und handwerklichen Berufe können sich für die freiwillige Versicherung anmelden. Hierfür wird eine Zahlung erhoben. Gemäss Angaben von *Marie Rodet* an die SFH sind staatliche Einrichtungen, die Sozialhilfe anbieten, limitiert und auf private und staatliche

Angestellte beschränkt, die in den INPS einzahlen. Unverheiratete, arbeitslose Frauen seien von Sozialleistungen ausgeschlossen (E-Mail-Auskunft vom 18. April 2018).

Amnesty International (AI): Juni 2017:

*«Mali rejected recommendations in 2013 to amend the **December 2011 Persons and Family Code despite its many discriminatory provisions, including those which stipulate that women must obey their husbands (Article 316), that the minimum age of marriage is 16 for girls and 18 for boys (Article 281), that the choice of residency is the right of the husband, and the wife is required to live with him (Article 319).** Article 281 allows, under certain circumstances, boys and girls aged at least 15 to marry with dispensation from the administrative authorities on “serious grounds”. These provisions breach Mali’s Constitution and its obligations under the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women and the Maputo Protocol, ratified in 1985 and 2004 respectively. Early and forced marriage remains a concern in Mali, with 15% of women having been married under the age of 15 and 59.9% married under 18. These rates have risen over recent years.»* Quelle: Amnesty International (AI): Mali: Violations and abuses as instability spreads, Juni 2017, S. 6: www.ecoi.net/en/file/local/1408080/1226_1503394021_afr3768352017english.pdf.

Association malienne des droits de l’Homme (AMDH), 8. Dezember 2017:

*«The difficulty of protecting victims, in particular the victims of sexual violence, is set out very perceptively in these cases, due among other things to the lack of safety that prevails in **North-ern Malian regions** and cohabitation between alleged perpetrators of serious crimes and the victims of those crimes. **The Malian legal framework is inadequate in this area.***

However, a draft law on gender-based violence, including specific provisions for the protection of victims of sexual violence, is currently under discussion. Two other preliminary draft laws on the protection of victims and witnesses have also been drafted by Malian civil society organisations. Meanwhile, in the absence of any measures provided by Malian authorities, our organisations have implemented a strategy of protection for victims and witnesses of sexual violence, with an emphasis on protecting the confidentiality of victims’ identities, during their trips to Bamako to be heard by the investigating judge.

Apart from security issues, the personal and psychological situation of the victims remains troubling. Our organisations urge Malian authorities to implement measures to provide psycho-social support for these vulnerable persons.

***Finally, the low capacity of the judicial system and judicial actors to handle sexual violence related to the conflict is a real challenge,** especially with respect to the techniques for investigating these crimes and hearing these victims, the legal framework applicable to these crimes in the context of an armed conflict, etc. Cases dealing with sexual violence that constitute international crimes require judicial authorities and lawyers to have specific expertise and practice. Efforts have been made in this area, specifically through the organisation of training for judicial personnel.»* Quelle: Association malienne des droits de l’Homme (AMDH), veröffentlicht von International Federation for Human Rights (FIDH), Mali: Choosing Justice in the Face of Crisis, 8. Dezember 2017, S. 30: www.fidh.org/IMG/pdf/20171208_rapportmali_justice_en.pdf.

Conférence Interafricaine de la Prévoyance Sociale, ohne Datum (Zugriff am 18. April 2018):

«LES DIFFÉRENTES BRANCHES GÉRÉES ET LES POPULATIONS COUVERTES
Le Code de Prévoyance Sociale institué par la LOI N°99-041 du 12 août 1999 confié à l'INPS
la gestion de quatre **régimes de prévoyance sociale** qui sont :

- ▶ **le régime des prestations familiales ;**
- ▶ **le régime de réparation et de prévention des accidents du travail et des maladies professionnelles ;**
- ▶ **le régime de l'assurance vieillesse, invalidité et décès ;**
- ▶ *le régime de protection contre la maladie. Toutefois, aux termes de la loi N°09-015 du 26 juin 2009, la protection contre la maladie disparaît au profit du régime de l'Assurance Maladie Obligatoire dont la gestion est confiée à la Caisse Nationale d'Assurance Maladie (CANAM) (...)*

Populations couvertes

Régime Général

Travailleurs salariés soumis aux dispositions du code de travail

Exclusion : fonctionnaires, magistrats, membres des forces armées, travailleurs indépendants, membres non salariés des professions libérales, industrielles, commerciales et artisanales.

Assurance Volontaire

Travailleurs indépendants, membres non salariés des professions libérales, industrielles, commerciales et artisanales pour l'assurance volontaire

Exclusion : travailleurs salariés, fonctionnaires.»

• Assurance volontaire

Assuré volontaire : 9% du revenu forfaitaire de la classe à laquelle appartient l'assuré volontaire suivant le tableau ci-dessous

CLASSES	REVENUS TRIMESTRIELS	ASSIETTES
Classe 1	Moins de 150.000F CFA	125.000 F CFA
Classe 2	150.000 à 450.000F CFA	400.000 F CFA
Classe 3	450.000 à 750.000F CFA	675.000 F CFA
Classe 4	750.000 à 1.500.000F CFA	900.000 F CFA
Classe 5	Plus de 1.500.000F CFA	1.000.000 F CFA

Quelle: Conférence Interafricaine de la Prévoyance Sociale, L'Institut national de prévoyance sociale (INPS) du Mali, ohne Datum (Zugriff am 18. April 2018): www.lacipres.org/organismes-membres/article/institut-national-de-prevoyance.

Ethnologue, ohne Datum (Zugriff am 30. April 2018):

«**Alternate Names**

Bamanakan, Bambara

Autonym

Bamanankan

Population

14,000,000 in Mali, all users. L1 users: 4,000,000 (2012 V. Vydrin), increasing. 75,000 Ganadugu (Vanderaa 1991), 164,000 Wasulu (2009 census). L2 users: 10,000,000 (2012 V. Vydrine). Total users in all countries: 14,102,320 (as L1: 4,102,320; as L2: 10,000,000).

Location

Widespread. Kayes, Koulikoro, and Ségou regions; Sikasso: north, middle Niger river watershed.» Quelle: Ethnologue, Bamanankan, ohne Datum, Zugriff am 30. April 2018: www.ethnologue.com/language/bam.

Google Maps, ohne Datum (Zugriff am 30. April 2018):



Quelle: Google Maps, Sikasso and Kayes and Koulikoro and Ségou; Mali, ohne Datum, Zugriff am 30. April 2018: www.google.ch/maps/search/Sikasso+and+Kayes+and+Koulikoro+and+S%C3%A9gou:+mali+/@15.7507453,-7.2078965,6z.

Immigration and Refugee Board of Canada (IRB), 15. Juli 2016:

«**4. Support Services**

*Sources report that there are two women’s shelters in Mali, one in Bamako and the other in Mopti (WiLDAF 16 June 2016; L’Essor 3 Aug.2015). According to an article published by the Malian journal L’Essor, the centres are run by the Association for the Progress and Defence of Women’s Rights (Association pour le progrès et la défense des droits des femmes, APDF) and receive financial support from UN Women (ibid.). That same source reports that the centres, which receive victims of gender-based violence, including women and girls who are victims of the conflict in northern Mali, provide medical and socio-psychological care and organize activities that foster financial independence in the women (ibid.). However, **the President of WiLDAF Mali stated that these shelters have only a limited number of spots and that the***

living conditions in them [translation] "are not very good" (WiLDAF 16 June 2016). She added that [translation] "victims of forced marriage often have to resign to it because it is not easy for them to obtain help. Most of the associations and NGOs are in large cities" (ibid.).» Quelle: Immigration and Refugee Board of Canada (IRB), Mali : Forced marriage, including the prevalence of forced marriage, related legislation, state protection, support services and the ability of women to refuse a forced marriage (2012 June 2016), 15. Juli 2016: www.irb.gc.ca/Eng/ResRec/RirRdi/Pages/index.aspx?doc=456625&pls=1.

IRIN, 5. Juni 2013:

«More displaced women and girls - some as young as 13 - are turning to sex work to get by in Mali where 14 months of occupation and conflict have forced 475,000 people from their homes in the north, according to NGOs.

NGO Danaya So (House of Trust in the local language Bambara), has registered 3,800 sex workers in central Mali's towns of Mopti and Sévaré, as well as in Bamako, but the real number is much higher, says its director, Kadidjatou Coulibaly.

The UN Children's Fund (UNICEF) has registered 41 girls in Mopti aged 15-18 who have turned to survival sex. "Of the 41 we registered, almost all were without their parents or without their husbands who they said had disappeared or been killed during the fighting," said Aminata Dicko Sangaré, UNICEF's protection project administrator in Mali.

Coulibaly visits the brothels and houses where young women work, three times a week, trying to raise awareness of the health risks associated with sex work and to find women and girls alternative incomes. Most of them are single young women living away from their families.

***Single females without their parents and who have nowhere to stay are the most vulnerable, according to Danaya So.** The conflict has separated many families, said the NGO's project coordinator Marie Denou in Bamako, with husbands working in one town and wives and children in another, leaving them vulnerable.» Quelle: IRIN, Displaced Malians turn to survival sex, 5. Juni 2013: www.refworld.org/docid/51b5bb7a4.html.*

L'Essor, 3. August 2015:

«Notre pays a célébré vendredi la 53^e édition de la Journée panafricaine des femmes sur le thème : « autonomisation des femmes : lutte contre la pauvreté ». En prélude à cette journée, l'Association pour le progrès et la défense des droits des femmes (APDF) a organisé jeudi une journée portes ouvertes à l'intention des femmes diplomates et responsables féminins des organismes internationaux résidant au Mali. La rencontre portait sur la « capitalisation des acquis dans le domaine des activités d'autonomisation socio-économiques et judiciaires des femmes/filles victimes de violences basées sur le genre et de violences sexuelles ».

La cérémonie organisée au siège de l'association, était présidée par la représentante du ministre de la Femme, de l'Enfant et de la Famille, Mme Diallo Kama Sakiliba, est s'est déroulée en présence de la présidente nationale de l'APDF, Mme Fatoumata Siré Diakité, et de la spécialiste programme et représentante du représentant résident de l'ONU Femmes, Mme Aoua Djiré. On notait également la présence d'illustres personnalités, d'anciens ministres, de diplomates.

L'objectif de cette journée était de rendre hommage aux femmes victimes de violences et aux jeunes filles déscolarisées, ainsi qu'au partenariat entre ONU Femmes et l'APDF. La manifestation s'est également attachée à présenter les acquis de la 2^e phase du projet portant sur

les Maisons d'accueil et d'hébergement des femmes/filles victimes de violences basées sur le genre.

Saluant les résultats de ce projet, Mme Fatoumata Siré Diakité a expliqué qu'il avait soutenu plus de **130 femmes/filles déplacées des régions du Nord dans les Maisons d'accueil et d'hébergement de l'APDF à Bamako et Mopti**. En plus de leur hébergement pendant une année, **les femmes déplacées ont bénéficié d'une prise en charge médicale et socio-psychologique** qui a été d'un apport certain dans le traitement des différentes formes de traumatisme qu'elles ont subies lors de l'occupation.» Quelle: L'Essor, veröffentlicht in: Mali Actu, Mali: Assistance aux femmes victimes de violences: LES BONS RÉSULTATS DE L'APDF, 3. August 2015: <http://maliactu.net/mali-assistance-aux-femmes-victimes-de-violences-les-bons-resultats-de-lapdf/>.

Malische Regierung, Mai 2014:

«Parmi les pays ayant effectué une enquête EDS et pour lesquels on dispose de données sur la pratique de l'excision, **le Mali se caractérise par une des prévalences les plus élevées.** (...)

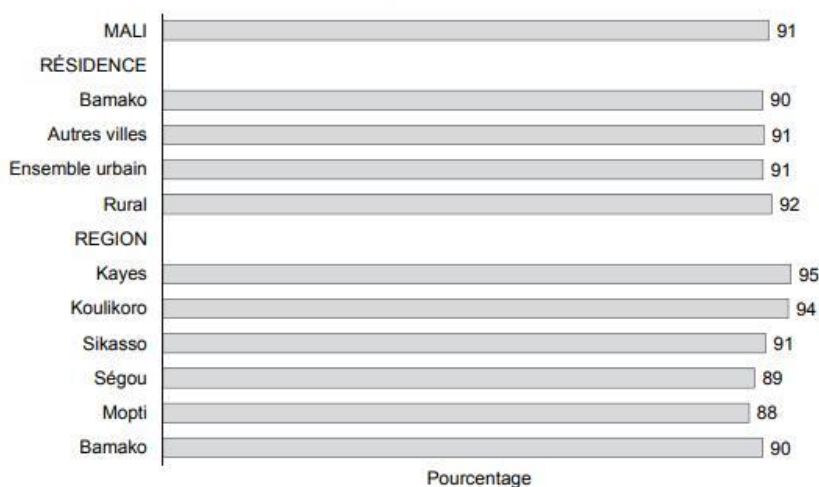
Le tableau 18.2 présente les proportions de femmes excisées : **91 % des femmes ont déclaré avoir subi la pratique de l'excision**, ce qui montre que l'excision reste une pratique très répandue au Mali. Par rapport à la précédente enquête, on constate une augmentation de cette proportion (85 % en 2006). Cependant, la comparaison des proportions de femmes excisées en 2006 et en 2012-2013 doit être interprétée avec prudence. En effet, puisque l'enquête actuelle n'a pas été réalisée dans les trois régions du Nord qui sont les moins peuplées du pays (Tombouctou, Gao et Kidal représentent seulement près de 10 % de la population totale) et également celles où la prévalence de l'excision est la plus faible (elle ne dépasse pas 23 % selon les résultats de l'EDSM IV de 2006), il est évident qu'en 2012-2013, la proportion de femmes excisées au Mali ne peut être que plus élevée qu'en 2006.² Pour disposer de deux indicateurs comparables, il faut recalculer la prévalence de l'excision de la précédente enquête en excluant les 3 régions du Nord. Les résultats font alors apparaître une prévalence de 92 % contre 91,4 % pour l'enquête actuelle, c'est-à-dire pratiquement aucun changement entre les deux enquêtes. Si on compare les résultats par région qui sont incluses dans les deux enquêtes, on constate que la prévalence a très légèrement baissé dans toutes les régions.

Étant donné le caractère généralisé de la pratique, les variations selon les différentes caractéristiques sociodémographiques sont très faibles. **Tout au plus, peut-on souligner que la prévalence est plus faible parmi les chrétiennes et les animistes (respectivement 65 % et 77 % contre 93 % parmi les musulmanes) De même, on observe une proportion de femmes excisées plus faible dans les ethnies Sonraï (60 %), Tamacheck/Bella (63 %) et Bobo (64 %) que parmi, les ethnies Bambara (95 %) ou Sarakolé/Soninké/Marka (96 %).**

Compte tenu des difficultés à obtenir des informations fiables sur le type d'excision subie, au cours de l'enquête, on a simplement demandé aux femmes si on leur avait fait une simple entaille ou si on leur avait enlevé des morceaux de chair dans la zone des organes génitaux. Cette information ne permet pas de définir le type d'excision, mais elle permet au moins de différencier une certaine forme d'excision « symbolique » qui consiste à faire une « simple » entaille de l'excision proprement dite qui suppose l'ablation d'une partie, plus ou moins importante, des organes génitaux externes de la femme. On a également demandé aux femmes si on leur avait fermé la zone du vagin. Les résultats du tableau 18.2 indiquent que, **dans leur**

majorité (49 %), les femmes maliennes excisées ont subi une excision « réelle », c'est-à-dire qu'une partie de leurs organes génitaux externes a été enlevée au cours de la procédure. Près de 15 % des femmes excisées ont subi la forme « légère » d'excision (entaille sans ablation de chairs). Par ailleurs, près de 11 % de femmes ont eu le vagin fermé ; cette proportion est très proche de celle enregistrée en 2006 qui était de 10 %. Il convient de souligner la proportion importante de femmes qui n'ont pas été en mesure de donner une réponse ou une réponse précise (26 %), probablement parce qu'elles étaient trop jeunes au moment de l'excision.

Graphique 18.1 Pourcentage de femmes excisées par région



Note : la région de Mopti n'a pas été enquêtée dans sa totalité

EDSM V 2012-2013

(...)

Le tableau 18.3 présente les données sur l'âge à l'excision des femmes enquêtées. **Dans la majorité des cas (73 %), l'excision a eu lieu avant l'âge de 5 ans.** Cette proportion comprend les femmes qui ont déclaré avoir été excisées au cours de la petite enfance sans pouvoir fournir un âge exact. **Par ailleurs, dans 15 % des cas, l'excision a eu lieu entre 5-9 ans et pour 7 % des femmes, l'excision a été effectuée à un âge plus tardif, après 10 ans.** En outre, il faut souligner que seulement 5 % des femmes n'ont pas été en mesure de déclarer l'âge auquel elles avaient été excisées. » Quelle: Malische Regierung, Enquête Démographique et de Santé (EDSM V) 2012-2013, Mai 2014, S. 291, 294, 296: <https://dhsprogram.com/pubs/pdf/FR286/FR286.pdf>.

Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), 11. Januar 2018:

«Das Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz unterscheidet gemäss WHO vier Formen von FGM, welche je nach Region und Gemeinschaft variieren:

- **Inzision: Teilweise oder komplette Entfernung der Klitoris. Terre des Femmes Schweiz (ohne Datum) bezeichnet diese Praktik als Klitoridektomie.**
- **Exzision: Teilweise oder vollständige Entfernung der Klitoris und der kleinen Schamlippen.**
- **Infibulation / «Pharaonische Beschneidung»: Wegschneiden der Klitoris und der kleinen Schamlippen. Die grossen Schamlippen werden bis auf eine kleine Öffnung zusammengenäht.**

- **Diverse, andere Praktiken, die die weiblichen Genitalien verletzen, wie zum Beispiel das Einstechen oder Durchbohren der inneren und äusseren Genitale.**» Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Eritrea: Weibliche Genitalverstümmelung (FGM), 11. Januar 2018, S. 1: www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslander/afrika/eritrea/180111-eritrea-fgm.pdf.

Terre des Femmes, ohne Datum (Zugriff am 2. Mai 2018):

«In the protection against violence, the Association for the Improvement and Defense of Women's Rights (APDF, "Association pour le Progrès et la Défense des Droits des Femmes") is the only non-governmental organization in Mali combining shelter and social, medical, psychological and legal aid services under the same roof. APDF counts 30.000 members and has 8 regional offices all over Mali.

The women's shelters in Bamako and Mopti take in girls and women affected by discrimination and violence, and offer comprehensive support programs. The women can participate in vocational trainings, like sewing courses or workshops on agricultural production, which open up own income opportunities. If needed, they are provided with the necessary materials and tools to start their own businesses.» Quelle: Terre des Femmes, APDF, Mali - Women's shelters for the protection against violence, ohne Datum, Zugriff am 2. Mai 2018: www.frauenrechte.de/2018/index.php/en/our-work/focus-areas/international-cooperation/mali.

The Girl Generation, ohne Datum (Zugriff am 17. April 2018):

«Mali remains one of the last remaining African countries without national legislation banning FGM. It is estimated that 9 out of 10 girls and women in Mali have undergone FGM

Mali is situated between several countries that have progressive domestic laws protecting women and girls from the practice, including Senegal, Cote d'Ivoire, Guinea, Guinea-Bissau, and Burkina Faso. This geographical positioning, combined with a lack of legal framework banning FGM, has led to an influx of practitioners traveling from neighbouring countries into Mali resulting in crossborder FGM practices, to avoid avoiding prosecution within their own countries.

Within Mali, the highest occurrence of FGM occurs in the south. In this region and among the Bambara, Sonike, Koulikoro, Peul, Dogon, and Senoufo ethnic groups, the rates range between 95%-99%. In contrast, the lowest rates of FGM are in the northern region of Mali. Specifically, the practice is almost non-existent among the Muslim Songhai, Tuareg, and Moor populations in Gao and Timbuktu.

Historically, FGM has most commonly been practiced on girls between 14-15 years old as a means of preparing them for marriage. While this remains true in Kayes, Dogon, and Senoufo, where girls between 13-14 years old are pulled out of school and undergo FGM as rite of passage and preparation for marriage, there has been a shift and decrease in the average age of this practice. Currently, 89% of girls who undergo FGM are under 5 years old. This can be attributed to several different factors, including the belief that wounds heal more quickly at an earlier age and the ability to conceal the practice among young girls. This has led to infants as young as 20 days old being subjected to FGM.» Quelle: The Girl Generation, Mali, ohne Datum (Zugriff am 17. April 2018): www.thegirlgeneration.org/regions/mali.

UK Home Office, April 2016:

«2.6 Protection

2.6.1 There are large swaths of territory in northern Mali which are devoid of state authority and widespread lawlessness, unchecked criminality and insecurity prevail. Although there has been some progress in re-establishing the judiciary in Timbuktu and Gao regions, it is unlikely that the government institutions necessary for the effective maintenance of law and order will be fully restored in northern Mali until the security situation substantially improves. There is, in general, no effective police service in the north which is under the control of the central government. (...)

3. Policy summary

3.1.1 Northern Mali has been in a state of armed conflict since January 2012 with human rights abuses committed against the civilian population by both anti-government militia and the security forces.

3.1.2 Primary targets for militants are those opposing, or perceived to be opposing, the militant groups including political and/or tribal leaders, security forces, minority religious groups and perceived political opponents, and NGO and aid workers.

3.1.3 The humanitarian situation in Mali is poor as a consequence of the security situation, which has led to a gap in assistance for populations in the north of the country. In 2015 over 3 million people in Mali, or 18 per cent of the country's population, faced food insecurity.» Quelle: UK Home Office, Country Information and Guidance Mali: Security and humanitarian situation in northern Mali, Version 1.0, April 2016, S. 6- 7: www.refworld.org/docid/57206c4f4.html.

UNHCR, Januar 2014:

«UNHCR position regarding forcible returns (...)

10. In many parts of northern Mali, the security situation remains volatile. A risk of reprisal attacks may exist for persons who return from abroad (refugee returnees) or after having been internally displaced (IDP returnees). In addition, social and economic conditions have not yet been restored to pre-conflict levels. UNHCR continues to call for a suspension of forcible returns to the northern part of the country. In addition, UNHCR generally considers that for persons originating from northern Mali an internal flight or relocation alternative to the southern part of the country is not reasonable, as many of these individuals would end up in a situation of internal displacement.» Quelle: UN High Commissioner for Refugees (UNHCR), UNHCR Position on Returns to Mali – Update I, Januar 2014, S. 3: www.refworld.org/docid/52cc405a4.html.

UN Human Rights Council (UNHRC), 2. Februar 2018:

«11. The Independent Expert notes that the state of emergency in Mali, in force almost continuously since the terrorist attack against a luxury hotel in Bamako in November 2015, was extended for a year on 31 October 2017. According to the Malian authorities, the

decision was motivated by the ongoing terrorist threat in the centre of the country, which could spread further afield. The Independent Expert is concerned by the recurring, asymmetric terrorist attacks against the Malian defence and security forces, as well as other State officials and international forces. (...)

13. Since the start of 2016, the steady spread of insecurity and violence in the central regions has made the multidimensional nature of the Malian crisis even more complex. The growing penetration and influence of violent extremist groups in certain regions of the country, in the absence of the Malian authorities, raise many concerns about the State's real capacity to retake control of these areas and protect the population. In certain towns, persistent insecurity has prevented the deployment of public servants and forced out humanitarian actors, families and the political and judicial authorities. (...)

26. The complaint and application for criminal damages brought by the Malian Human Rights Association and the International Federation for Human Rights Leagues on 12 November 2014, **on behalf of 80 women victims of rape and other forms of sexual violence, is stalled. These offences were committed during the occupation of northern Mali by separatist and terrorist armed rebel groups in 2012 and 2013. The Independent Expert heard that the lack of cooperation on the part of the authorities, as well as problems accessing the areas and persons concerned, were at the root of the stagnation. Similarly, the complaint and application for criminal damages that the two organizations filed on 6 March 2015 on behalf of 33 victims of international crimes during the occupation of Timbuktu and environs by armed groups in 2012 and 2013 is not moving forward. The complaint targets 15 alleged perpetrators of crimes against humanity and war crimes. The Independent Expert welcomes the fact that some of the plaintiffs have been heard by the investigating judge, but regrets that the investigation has been inactive for over six months. He was informed that the investigation is currently suspended owing to a lack of political and judicial will.**

27. The Independent Expert welcomes the decision by MINUSMA to support a coalition of six victim associations and three regional coordination groups offering legal, psychological and social assistance to 115 victims of sexual violence in Mopti, Gao and Timbuktu Regions. (...)

50. The situation of women and girls in Mali remains worrying, especially for those living in the north and central parts of the country. Indeed, unidentified armed individuals are stepping up attacks against public transport on certain roads linking Gao and Ansongo, Ansongo and Ménaka, Gao and Gossi, as well as those leading to the Niger border. The working group on gender-based violence has called for the denunciation of these attacks on travellers, which, more often than not, result in the systematic rape of the women and girls who are unlucky enough to find themselves aboard these vehicles. MINUSMA has increased its number of weekly patrols in order to address this threat. However, a more regular patrol schedule remains difficult to put in place owing to the risk of mines and other explosive devices.

51. The participation of women in public and political life remains very low, despite the adoption and promulgation at the end of 2015 of Act No. 052, which introduced a gender quota of 30 per cent for elected and appointed offices. However, the Independent Expert was informed that all local and communal electoral lists complied with the 30 per cent quota, which will lead to an increase in the number of women represented in local decisionmaking

mechanisms. This new momentum might help to improve the situation of women and girls in the country.

52. The Independent Expert observes that, in Mali, **there is no legislation prohibiting female genital mutilation**, such as excision and infibulation, procedures which have been performed in the country for generations. However, awareness-raising activities conducted by civil society organizations and United Nations specialized agencies, in partnership with the Ministry for the Advancement of Women, Children and the Family, have led more than 1,088 villages out of the 12,000 villages in Mali to abandon the practice..» Quelle: UN Human Rights Council (UNHRC), Report of the Independent Expert on the situation of human rights in Mali, 2. Februar 2018, S. 4, 6, 10-11: www.ecoi.net/en/file/local/1426279/1930_1520516964_g1802296.pdf.

UN Human Rights Council (UNHRC), 2. November 2017:

«65. The **Committee on the Elimination of Discrimination against Women** noted that the efforts made by the authorities to improve the situation of women in Mali had largely been impeded by the instability caused by the occupation of northern and central Mali by radical Islamic groups, inter-ethnic violence and several consequent military interventions since 2012. It also noted the severe continuing impact of the hostilities on women in the north, in particular, and internally displaced women.

66. The same Committee was concerned about sexual violence, including forced and early marriage, sexual slavery, rape and torture, committed against women by the extremist groups and by members of the military, and the resulting impunity for perpetrators. (...)

70. The Committee on the Elimination of Discrimination against Women expressed concern that harmful practices, such as child and forced marriage, polygamy, humiliating and degrading widowhood practices, force-feeding, levirate and sororate, remained prevalent and unpunished in Mali. It was also concerned that gender-based violence, including domestic and sexual violence, appeared to be socially legitimized and accompanied by a culture of silence and impunity. (...)

74. The Independent Expert noted that there was still no law on combating gender-based violence and that facilities for victims of conflict-related sexual violence were inadequate, especially in the north.

75. The Committee on the Elimination of Discrimination against Women recommended that Mali expedite the enactment of a law on combating gender-based violence and stop the practice of referring cases of gender-based violence to mediation, encourage the reporting of incidents of gender-based violence, finalize the related national programme and provide assistance and protection to victims of gender-based violence.» Quelle: UN Human Rights Council (UNHRC), Compilation on Mali; Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 2. November 2017, S. 8-9: www.ecoi.net/en/file/local/1420339/1930_1513872206_g1733213.pdf.

Universalis, ohne Datum (Zugriff am 30. April 2018):

«Lévirat et sororat

On a déjà rencontré deux fois le lévirat et le sororat. D'abord à propos du schéma évolutionniste des types d'alliances matrimoniales ; **le lévirat, qui oblige la veuve à épouser le frère de son mari défunt, et le sororat, qui oblige un homme à épouser les sœurs cadettes de sa femme, qu'elle soit en vie ou morte**, seraient pour Tylor et Frazer des survivances du mariage par groupes (pour J. F. Helennan, le lévirat serait un reste de polyandrie et le sororat la forme première de la polygynie).» Quelle: Universalis, Polygamie, ohne Datum, Zugriff am 30. April 2018 : www.universalis-edu.com/encyclopedie/polygamie/.

UN-Sicherheitsrat (UN Security Council), 15. April 2017:

«46. The ongoing crisis in the northern and central regions, combined with a lack of services, limited humanitarian access, stigma and fear of reprisals continues to impede reporting of conflict-related sexual violence. Few survivors file legal complaints or seek care, owing to a lack of confidence in legal and medical institutions following instances of rapists being released from custody and complainants being pressured to drop their cases. In January 2016, the suspect in a case concerning the alleged sexual assault of 19 children was released from custody. In the region of Gao, the parents of a young victim were forced by the examining magistrate to withdraw their complaint and settle the case out of court. In the case of a gang rape allegedly committed by three members of the Malian Defence and Security Forces in Timbuktu, the victim's father initially filed a complaint, but withdrew it shortly afterwards without explanation. (...)

48. Efforts were made to engage the parties in 2016. In April, my Special Representative visited Mali to assess the situation and agree on a joint communiqué with the Government as a basis for cooperation in addressing sexual violence. The joint communiqué has not yet been agreed by the authorities. However, on 30 June, the President of the Plateforme des mouvements du 14 juin 2014 d'Alger signed a unilateral communiqué in which he committed to work with the leaders of the Coordination des mouvements et forces patriotiques de résistance, Mouvement arabe de l'Azawad and the Groupe d'autodéfense Touaregs Imghad et leurs alliés to accelerate efforts to prevent and punish sexual violence within their ranks.

49. **Resistance to changing traditional practices continues to hamper efforts to criminalize all forms of sexual and gender-based violence.** The Government has therefore worked with the United Nations to conduct sensitization sessions with religious leaders, prompting some to commit publicly to supporting new laws and to speaking out against sexual violence. Support provided by MINUSMA to the Ministry of Justice has led to the investigation of a number of alleged rapes. Nonetheless, **progress remains slow** in relation to cases of sexual violence committed by extremist groups in 2012, with just 37 of the 80 victims having been heard by a magistrate. Initiatives by the Peacebuilding Fund have enhanced confidence in the justice system, resulting in an increase in the cases of sexual violence that are brought to court in Gao and Timbuktu from just 1 per cent to almost 14 per cent. The Fund has supported the establishment of cases de la paix (peace huts) in northern Mali, which provide safe havens where survivors can receive psychosocial and medical support. In 2016, MINUSMA initiated several projects to facilitate the economic reintegration of survivors, including quick impact projects to impart income-generating skills.» Quelle: UN-Sicherheitsrat (UN Security Council), Report of the Secretary-General on conflict-related sexual violence; Report of the Secretary-General, 15. April 2017, S. 14-15: www.ecoi.net/en/file/local/1403138/1226_1499262462_n1708433.pdf.

US Department of State (USDOS), 20. April 2018:

«Civilian authorities failed at times to maintain effective control over the security forces. **Particularly in the north, during the year there were many reports of impunity involving security forces. Mechanisms to investigate and punish abuse and corruption by security forces generally were not effective.** (...)

Rape and Domestic Violence: The law criminalizes rape and provides a penalty of five to 20 years' imprisonment for offenders, but the government did not enforce the law effectively. Rape was a widespread problem. Authorities prosecuted only a small percentage of rape cases since victims seldom reported rapes due to societal pressure, particularly because attackers were frequently close relatives, and fear of retaliation. No law specifically prohibits spousal rape, but law enforcement officials stated criminal laws against rape apply to spousal rape. Police and judicial authorities were willing to pursue rape cases but stopped if parties reached an agreement prior to trial.

Domestic violence against women, including spousal abuse, was prevalent. Most cases went unreported. **Spousal abuse is a crime, but the law does not specifically prohibit domestic violence. Assault is punishable by prison terms of one to five years and fines of up to 500,000 CFA francs (\$919) or, if premeditated, up to 10 years' imprisonment.** Police were reluctant to intervene in cases of domestic violence. **Many women were reluctant to file complaints against their husbands because they feared husbands would interpret such allegations as grounds for divorce, were unable to support themselves financially, sought to avoid social stigma, or feared retaliation or further ostracism. The governmental Planning and Statistics Unit, established to track prosecutions, did not produce reliable statistics.**

Female Genital Mutilation/Cutting (FGM/C): FGM/C is legal in the country and, except in certain northern areas, all religious and ethnic groups practiced it widely, particularly in rural areas. Although FGM/C is legal, authorities prohibited the practice in government-funded health centers.

Parents generally had FGM/C performed on girls between the ages of six months and nine years. The most recent comprehensive FGM/C survey, conducted by UNICEF in 2010, indicated 89 percent of girls and women between ages 15 and 49 were excised, and 74 percent of girls and women in the same age group had at least one daughter who was excised. Government information campaigns regarding the dangers of FGM/C reached citizens throughout the country, and human rights organizations reported decreased incidence of FGM/C among children of educated parents.

For more information, see data.unicef.org/resources/female-genital-mutilation-cutting-country-profiles/.

Sexual Harassment: The law does not prohibit sexual harassment, which routinely occurred, including in schools, without any government efforts to prevent it. (...)

Discrimination: The law does not provide the same legal status and rights for women as for men, particularly concerning divorce and inheritance. Women are legally obligated to obey their husbands and are particularly vulnerable in cases of divorce, child custody,

and inheritance. Women had very limited access to legal services due to their lack of education and information as well as the prohibitive cost.

While the law provides for equal property rights, traditional practices and ignorance of the law prevented women from taking full advantage of their rights. The marriage contract must specify if the couple wishes to share estate rights. If marriage certificates of Muslim couples do not specify the type of marriage, judges presume the marriage to be polygynous.

Women experienced economic discrimination due to social norms that favored men, and their access to education and employment was limited (see section 7.d.).

The Ministry for the Promotion of Women, the Family, and Children is responsible for ensuring the legal rights of women. (...)

Intercommunal violence led to frequent clashes between members of the Fulani ethnic group and, separately, members of the Bambara and Dogon communities. Self-defense groups representing these communities were reportedly involved in attacks.

For example, on June 17-18, in Koro, Mopti Region, attacks by Dogon and Fulani resulted in 20 to 30 deaths. On August 2, reprisal clashes between Dogon hunters and Fulani herders in Koro resulted in at least 20 deaths. A delegation from the Ministries of Solidarity and Humanitarian Action, National Reconciliation, and Territorial Administration visited the area to encourage dialogue and reconciliation.

According to MINUSMA, conflict in May between Fulani and Bambara communities in the Mopti and Segou regions displaced approximately 800 Fulani civilians.» Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Human Rights Practices 2017 - Mali, 20. April 2018: www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2017/af/277021.htm.